



XVI. Legislaturperiode

XVI legislatura

DOKUMENTATION NR. 1

DOCUMENTAZIONE N. 1

LANDESGESETZENTWURF

DISEGNO DI LEGGE

Nr. 31/19

N. 31/19

Wiedereinführung des Rekursrechtes für Sozialhilfeleistungen

vorgelegt am 9.9.2019 von den Landtagsabgeordneten Brigitte Foppa, Riccardo Dello Sbarba und Hanspeter Staffler

dem 4. Gesetzgebungsausschuss **zugewiesen**

Ripristino del diritto di ricorso per prestazioni di assistenza economica sociale

presentato in data 9/9/2019 dai consiglieri provinciali Brigitte Foppa, Riccardo Dello Sbarba e Hanspeter Staffler

assegnato alla IV commissione legislativa

Erstellt vom Amt für Rechts- und Gesetzgebungsangelegenheiten

(Vervielfältigung und Verbreitung für den internen Gebrauch)

a cura dell'ufficio affari legislativi e legali

(riproduzione e diffusione ad uso interno)

INHALTSVERZEICHNIS

- 1) L.G. vom 30. April 1991, Nr. 13
Art. 4 S. 1
- 2) L.G. vom 16. Oktober 2014, Nr. 9
Art. 4 S. 3

INDICE

- 1) L.P. 30 aprile 1991, n. 13
art. 4 pag. 2
- 2) L.P. 16 ottobre 2014, n. 9
art. 4 pag. 6

a) Landesgesetz vom 30. April 1991, Nr. 13 ¹⁾ Neuordnung der Sozialdienste in der Provinz Bozen

1)Kundgemacht im A.Bl. vom 21. Mai 1991, Nr. 22.

Art. 4 (Sektion für Einsprüche)

(1) Es wird die Sektion für Einsprüche errichtet. Sie entscheidet:

- a) über die Beschwerden gegen die Entscheidungen der öffentlichen Träger der Sozialdienste betreffend die Erbringung der Leistungen,
- b) in Streitfällen bezüglich der Einlieferung und stationären Unterbringung laut Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe w).

(2) Die Entscheidungen der Fachausschüsse der Trägerkörperschaften betreffend die Kürzung oder Ablehnung von finanziellen Sozialhilfeleistungen aufgrund der Nichteinhaltung der Auflagen und der vereinbarten Projekte bezüglich der persönlichen Aktivierung zur Gewährleistung des eigenen Unterhaltes sowie die Ablehnung von Leistungen wegen Abwesenheit der Leistungsbezieher vom Landesgebiet sind endgültig.

(3) Die Sektion für Einsprüche setzt sich zusammen aus dem Direktor der Landesabteilung Soziales als Vorsitzendem und aus zwei Beamten der für das Sozialwesen zuständigen Landesämter.

(4) Die Sektion für Einsprüche ist ein zwingend vollständiges Organ. ⁶⁾

6) Art. 4 wurde zuerst ersetzt durch Art. 2 des [L.G. vom 11. November 1997, Nr. 16](#), und dann durch Art. 4 Absatz 2 des [L.G. vom 16. Oktober 2014, Nr. 9](#).

a) Legge provinciale 30 aprile 1991, n. 13 ¹⁾ Riordino dei servizi sociali in Provincia di Bolzano

1)Pubblicata nel B.U. 21 maggio 1991, n. 22.

Art. 4 (Sezione ricorsi)

(1) È istituita la Sezione ricorsi che decide:

- a) sui ricorsi presentati contro le decisioni degli enti pubblici gestori dei servizi sociali concernenti l'erogazione delle prestazioni;
- b) sulle controversie in materia di ricovero e di ospitalità di cui all'articolo 8, comma 1, lettera w).

(2) Le decisioni dei comitati tecnici degli enti gestori dei servizi sociali, riguardanti la riduzione o negazione di prestazioni di assistenza economica a causa del mancato rispetto degli obblighi e dei progetti concordati in relazione ai propri doveri di autonomo sostentamento, così come la negazione di prestazioni a seguito dell'assenza dei beneficiari dal territorio provinciale, sono definitive.

(3) La Sezione ricorsi è composta dal Direttore della Ripartizione provinciale Politiche sociali, che la presiede, e da due funzionari degli uffici provinciali competenti in materia di assistenza sociale.

(4) La Sezione ricorsi è organo collegiale perfetto. ⁶⁾

6)L'art. 4 è stato prima sostituito dall'art. 2 della [L.P. 11 novembre 1997, n. 16](#), e poi dall'art. 4, comma 2, della [L.P. 16 ottobre 2014, n. 9](#).

o) Landesgesetz vom 16. Oktober 2014, Nr. 9 ¹⁾

Änderungen zu Landesgesetzen in den Bereichen Wohnbauförderung, Integration, Gleichstellung, Sozialdienste, Zivilinvaliden, Gesundheitswesen und Familie sowie Südtiroler und Südtirolerinnen in der Welt

1)Kundgemacht im Amtsblatt vom 28. Oktober 2014, Nr. 43.

I. ABSCHNITT DRINGENDE MASSNAHMEN

Art. 4 (Änderung des [Landesgesetzes vom 30. April 1991, Nr. 13](#), „Neuordnung der Sozialdienste in der Provinz Bozen“)

(1) Artikel 3 des [Landesgesetzes vom 30. April 1991, Nr. 13](#), in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:

„Art. 3 (Beteiligung)

1. Zum Zwecke der Einbeziehung und der Mitsprache bei der Entwicklung der Sozialpolitik des Landes, werden die Sozialpartner sowie die Sozialverbände im Voraus über Gesetzesänderungen sowie weitere relevante Reformen im Bereich des Sozialwesens informiert und angehört.“

(2) Artikel 4 des [Landesgesetzes vom 30. April 1991, Nr. 13](#), in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:

„Art. 4 (Sektion für Einsprüche)

1. Es wird die Sektion für Einsprüche errichtet. Sie entscheidet:

- a) über die Beschwerden gegen die Entscheidungen der öffentlichen Träger der Sozialdienste betreffend die Erbringung der Leistungen,
- b) in Streitfällen bezüglich der Einlieferung und stationären Unterbringung laut Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe w).

2. Die Entscheidungen der Fachausschüsse der Trägerkörperschaften betreffend die Kürzung oder Ablehnung von finanziellen Sozialhilfeleistungen aufgrund der Nichteinhaltung der Auflagen und der vereinbarten Projekte bezüglich der persönlichen Aktivierung zur Gewährleistung des eigenen Unterhaltes sowie die Ablehnung von Leistungen wegen Abwesenheit der Leistungsbezieher vom Landesgebiet sind endgültig.

3. Die Sektion für Einsprüche setzt sich zusammen aus dem Direktor der Landesabteilung Soziales als Vorsitzendem und aus zwei Beamten der für das Sozialwesen zuständigen Landesämter.

4. Die Sektion für Einsprüche ist ein zwingend vollständiges Organ.“

(3) Nach Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe c) des [Landesgesetzes vom 30. April 1991, Nr. 13](#), in geltender Fassung, werden folgende Buchstaben d) und e) hinzugefügt:

„d) das Alter des Nutzers,

e) den Betreuungsbedarf des Nutzers.“

(4) Nach Artikel 7/ter des [Landesgesetzes vom 30. April 1991, Nr. 13](#), wird folgender Artikel eingefügt:

„Art. 7/quater (Betreuungsplätze in Alters- und Pflegeheimen)

1. In den Einzugsgebieten, in welchen die Ausstattung an Betreuungsplätzen in akkreditierten stationären Einrichtungen für Senioren 120 Prozent des vom Landessozialplan festgelegten Bedarfsparameters übersteigt, dürfen keine zusätzlichen Betreuungsplätze mit Landesfinanzierung errichtet werden.

2. Die Einzugsgebiete werden von der Landesregierung festgelegt.“

(5) Artikel 12/bis des [Landesgesetzes vom 30. April 1991, Nr. 13](#), in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:

„Art. 12/bis (Betrieb für Sozialdienste)

1. Der Betrieb ist eine öffentliche Körperschaft ohne Gewinnabsicht und eine instrumentelle Körperschaft der Gemeinden und der Bezirksgemeinschaften zur Führung der Sozialdienste. Er ist eine juristische Person des öffentlichen Rechts, ist funktionell, fachlich, verwaltungsmäßig und buchhalterisch unabhängig und nimmt die Befugnisse wahr, welche in den Rechtsvorschriften und im Landessozialplan vorgesehen sind, sowie jene Aufgaben, die ihm von den Gründungskörperschaften übertragen werden. Wenn eine entsprechende ausdrückliche Vollmacht der Gründungskörperschaft vorliegt, nimmt der Betrieb die Aufgaben laut Artikel 6 Absatz 4 des Gesetzes vom 8. November 2000, Nr. 328, in geltender Fassung, wahr.

2. Die Organe des Betriebs sind der Generaldirektor und das Kollegium der Rechnungsprüfer, welchen die Aufgaben der Führung bzw. der Kontrolle obliegen.

3. Der Generaldirektor hat die Verwaltungs- und die Vertretungsvollmacht für den Betrieb, dem er vorsteht, so wie dies in der Satzung vorgesehen ist. Insbesondere überprüft er die Ergebnisse der Betriebsführung und verfügt die Einstellung von Personal. Ihm steht der Erlass von Verordnungen zu, ausgeschlossen jener laut Absatz 6. Ist der Generaldirektor verhindert, so übernimmt der stellvertretende Generaldirektor seine Aufgaben. Der stellvertretende Generaldirektor leitet eine der Organisationseinheiten des Betriebes.

4. Der Generaldirektor und der stellvertretende Generaldirektor des Betriebes werden vom Ausschuss der Gründungskörperschaft nach einem entsprechenden, zumindest 30 Tage zuvor, im Amtsblatt der Region veröffentlichten Hinweis mit befristetem Arbeitsvertrag ernannt und müssen die Voraussetzungen erfüllen, die für die Ernennung zur leitenden Führungskraft der Gründungskörperschaft vorgeschrieben sind. Die Auftragsdauer darf die Amtszeit des Gemeindevorstandes, der den Direktor ernannt hat, nicht um mehr als sechs Monate überschreiten. Die entsprechende Besoldung wird vom Ausschuss der Gründungskörperschaft auf Vorschlag des Präsidenten der Bezirksgemeinschaft bzw. des Bürgermeisters oder des von ihm bevollmächtigten Stadtrates mit Rücksicht auf die Landeskollektivverträge für das Personal der örtlichen Körperschaften festgesetzt. Die Besoldung kann auch mit einer Zulage ad personam ergänzt werden. Im Falle eines bereits bestehenden Betriebes werden die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Verträge an die Bestimmung laut zweitem Satz dieses Absatzes angepasst.

5. Das Kollegium der Rechnungsprüfer wird vom Ausschuss der Gründungskörperschaft gemäß den einschlägigen Bestimmungen über die Gemeindeordnung ernannt. Die Amtsentschädigung entspricht jener Entschädigung, die der Regionalausschuss für die Rechnungsprüfer der Gründungskörperschaft festgelegt hat.

6. Der Ausschuss der Gründungskörperschaft genehmigt die Programme des Betriebes zusammen mit einem Finanzierungsplan oder Haushaltsvoranschlag, aus dem ersichtlich sein muss, dass die jeweilige Bilanz ausgewogen ist, die Abschlussrechnung der Haushalts- und Vermögensgebarung oder die Jahresbilanz, den Stellenplan des Personals, die Dienstordnungen, die Errichtung neuer Dienste, übernimmt die Deckung allfälliger Ausgaben der Dienste und übt die Aufsichtsfunktion über den Betrieb aus. Für die Genehmigung des Stellenplanes des Personals oder, bei bereits bestehenden Betrieben, für die Aufstockung desselben, ist es notwendig, die vorherige Ermächtigung der Landesregierung einzuholen.

7. Der Verwaltungsrat beziehungsweise der Gemeinderat der Gründungskörperschaft genehmigt die Betriebssatzung und die jeweiligen Abänderungen; er genehmigt außerdem, entsprechend der jeweiligen Zuständigkeit, die Mehrjahreshaushalte der Betriebe und sichert die Jahresfinanzierung zu.

8. Sofern in diesem Artikel nicht anders verfügt, werden die geltenden Rechtsvorschriften des Landes über die Bezirksgemeinschaften angewandt. Was die Personalordnung anbelangt, wird jene der Gründungskörperschaft angewandt, es sei denn, es liegen spezifische, einschlägige Rechtsvorschriften vor.

9. Das Personal der Gründungskörperschaften, das ausschließlich oder vorwiegend Aufgaben im Bereich der Sozialhilfeleistung wahrnimmt, wird dem Betrieb zugeteilt, wobei die bei der Gründungskörperschaft innegehabte dienst- und besoldungsrechtliche Stellung berücksichtigt wird. Die Fristen und die Modalitäten des Überganges werden vom Ausschuss der Gründungskörperschaft festgelegt.“

(6) Nach Artikel 15 des [Landesgesetzes vom 30. April 1991, Nr. 13](#), in geltender Fassung, wird folgender Artikel eingefügt:

„Art. 15/bis (Territoriale Anlaufstellen für Pflege- und Betreuungsangebote)

1. Die in einem Einzugsgebiet tätigen Anbieter von ambulanten, teilstationären und stationären Diensten sozialer und gesundheitlicher Art für pflegebedürftige Personen errichten, in Abstimmung mit den örtlichen Körperschaften und unter Einbeziehung der im Bereich tätigen gemeinnützigen Organisationen, eine einheitliche territoriale Anlaufstelle sowohl zur Beratung und Information der bedürftigen Personen und ihrer Angehörigen als auch zur Abstimmung der jeweiligen Leistungen und Maßnahmen.

2. Die Einzugsgebiete und die Organisationsformen werden von der Landesregierung festgelegt.

3. Zur Umsetzung der Zielsetzungen laut Absatz 1 ist ein Austausch von Daten und Informationen, auch personenbezogener und sensibler Art, zwischen den beteiligten Körperschaften möglich.

4. Die Teilnahme an den territorialen Anlaufstellen ist Voraussetzung für die Akkreditierung der Dienste.“

(7) Dieser Artikel bringt keine Neu- oder Mehrkosten zu Lasten des Haushaltes des Landes mit sich.

o) Legge provinciale 16 ottobre 2014, n. 9 ¹⁾

Modifiche di leggi provinciali in materia di edilizia abitativa agevolata, integrazione, parificazione, servizi sociali, invalidi civili, sanità, famiglia e sudtirolesi nel mondo

1)Pubblicata nel B.U. 28 ottobre 2014, n. 43.

CAPO I

MISURE URGENTI

Art. 4 (Modifica della legge provinciale 30 aprile 1991, n. 13, recante "Riordino dei servizi sociali in Provincia di Bolzano")

(1) L'articolo 3 della legge provinciale 30 aprile 1991, n. 13, e successive modifiche, è così sostituito:

"Art. 3 (Partecipazione)

1. AI fine di garantire il coinvolgimento e la partecipazione allo sviluppo delle politiche sociali della Provincia, le parti sociali e le associazioni di rappresentanza dell'ambito sociale vengono preventivamente informate e sentite rispetto a modifiche normative nonché ad altre riforme di particolare rilievo nel campo delle politiche sociali."

(2) L'articolo 4 della legge provinciale 30 aprile 1991, n. 13, e successive modifiche, è così sostituito:

"Art. 4 (Sezione ricorsi)

1. È istituita la Sezione ricorsi che decide:

- a) sui ricorsi presentati contro le decisioni degli enti pubblici gestori dei servizi sociali concernenti l'erogazione delle prestazioni;
- b) sulle controversie in materia di ricovero e di ospitalità di cui all'articolo 8, comma 1, lettera w).

2. Le decisioni dei comitati tecnici degli enti gestori dei servizi sociali, riguardanti la riduzione o negazione di prestazioni di assistenza economica a causa del mancato rispetto degli obblighi e dei progetti concordati in relazione ai propri doveri di autonomo sostentamento, così come la negazione di prestazioni a seguito dell'assenza dei beneficiari dal territorio provinciale, sono definitive.

3. La Sezione ricorsi è composta dal Direttore della Ripartizione provinciale Politiche sociali, che la presiede, e da due funzionari degli uffici provinciali competenti in materia di assistenza sociale.

4. La Sezione ricorsi è organo collegiale perfetto."

(3) Dopo la lettera c) del comma 2 dell'articolo 7 della legge provinciale 30 aprile 1991, n. 13, e successive modifiche, vengono aggiunte le seguenti lettere d) ed e):

"d) dell'età dell'utente;

e) del fabbisogno assistenziale dell'utente."

(4) Dopo l'articolo 7/ter della legge provinciale 30 aprile 1991, n. 13, è inserito il seguente articolo:

"Art. 7/quarter (Posti letto in case di riposo e centri di degenza)

1. Nei territori nei quali la dotazione di posti letto nei servizi residenziali per anziani accreditati supera il 120 per cento del parametro definito dal piano sociale provinciale, non possono essere realizzati ulteriori posti con finanziamento provinciale.

2. La Giunta provinciale definisce i territori di riferimento.”

(5) L'articolo 12/bis della [legge provinciale 30 aprile 1991, n. 13](#), e successive modifiche, è così sostituito:

“Art. 12/bis (Azienda Servizi Sociali)

1. L'azienda è ente pubblico non economico e strumentale dei comuni e delle comunità comprensoriali per la gestione dei servizi sociali. Essa è dotata di personalità giuridica pubblica e di autonomia funzionale, tecnica, amministrativa e contabile e assume le attribuzioni previste dalle disposizioni di legge e dal piano sociale provinciale e quelle che le vengono conferite dagli enti che l'hanno istituita. Se espressamente delegata dall'ente istitutore, svolge le funzioni di cui all'articolo 6, comma 4, della legge 8 novembre 2000, n. 328, e successive modifiche.

2. Sono organi dell'azienda il direttore generale e il collegio dei revisori dei conti, cui competono rispettivamente le funzioni di direzione gestionale e di controllo.

3. Al direttore generale spettano tutti i poteri di gestione e di rappresentanza dell'azienda alla quale è preposto, secondo le modalità previste dallo statuto. In particolare il direttore verifica i risultati della gestione dell'azienda e dispone le assunzioni del personale. Adotta i regolamenti, fatti salvi quelli di cui al comma 6. Il vicedirettore generale svolge funzioni vicarie del direttore generale. Il vicedirettore generale dirige una delle strutture organizzative dell'azienda.

4. Il direttore generale e il vicedirettore generale dell'azienda sono nominati dalla giunta dell'ente istitutore, previo avviso da pubblicarsi almeno 30 giorni prima nel Bollettino Ufficiale della Regione, con contratto a tempo determinato e devono possedere i requisiti previsti per la nomina a dirigente apicale dell'ente istitutore. La durata dell'incarico non può superare di 6 mesi il mandato della giunta comunale che lo ha nominato. Il relativo trattamento economico è fissato dalla giunta dell'ente istitutore su proposta del presidente della comunità comprensoriale ovvero del sindaco o dell'assessore da questo delegato con riferimento ai contratti collettivi a livello provinciale per il personale degli enti locali e può essere integrato da una indennità ad personam. Nel caso di azienda già esistente i contratti in essere all'entrata in vigore della presente norma vengono adeguati alla disposizione di cui al secondo periodo del presente comma.

5. Il collegio dei revisori è nominato dalla giunta dell'ente istitutore secondo la vigente normativa in materia di ordinamento dei comuni. Il compenso è corrispondente a quello fissato dalla Giunta regionale per i revisori dei conti dell'ente istitutore.

6. La giunta dell'ente istitutore approva i programmi di attività dell'azienda, unitamente ad un piano finanziario o bilancio preventivo a dimostrazione dell'equilibrio finanziario dell'esercizio di riferimento, il bilancio economico patrimoniale di fine esercizio o conto consuntivo, la pianta organica del personale dipendente, i regolamenti dei servizi sociali, l'istituzione di nuovi servizi, provvede alla copertura degli eventuali costi dei servizi ed esercita la vigilanza sull'azienda. Ai fini dell'approvazione della pianta organica del personale o, nel caso di azienda già esistente, dei suoi ampliamenti è necessario acquisire la preventiva autorizzazione della Giunta provinciale.

7. I consigli degli enti istitutori approvano lo statuto dell'azienda e le relative modifiche e, per la parte di competenza, approvano i bilanci pluriennali delle aziende e ne assicurano i finanziamenti annuali.

8. Per quanto non disposto nel presente articolo, si applica la vigente normativa provinciale sull'ordinamento delle comunità comprensoriali. Per l'ordinamento del personale si applica quello vigente per l'ente istitutore, salvo che vi sia specifica normativa di settore al riguardo.

9. Il personale dipendente degli enti istitutori, addetto in modo esclusivo o prevalente allo svolgimento delle funzioni socio-assistenziali, è trasferito all'azienda nel rispetto della posizione giuridica ed economica acquisita presso l'ente istitutore. La giunta dell'ente istitutore stabilisce tempi e modalità del trasferimento.”

(6) Dopo l'articolo 15 della [legge provinciale 30 aprile 1991, n. 13](#), e successive modifiche, è inserito il seguente articolo:

“Art. 15/bis (Servizi territoriali per l'assistenza e cura)

1. I gestori dei servizi sociali e dei servizi sanitari ambulant, semiresidenziali e residenziali per persone non autosufficienti attivi in un determinato ambito territoriale istituiscono, in accordo con gli enti locali e con il coinvolgimento delle organizzazioni senza scopo di lucro attive nel settore, un servizio territoriale unitario sia per l'informazione e l'accompagnamento delle persone non autosufficienti e dei loro familiari che per il migliore coordinamento dei propri servizi ed interventi.
 2. Gli ambiti territoriali e le forme organizzative sono definiti dalla Giunta provinciale.
 3. Ai fini della realizzazione di quanto previsto dal comma 1 è possibile uno scambio di dati e informazioni, anche di natura personale e sensibile, tra gli enti partecipanti.
 4. La partecipazione a tali servizi territoriali costituisce requisito per l'accreditamento dei servizi."
- (7)** Il presente articolo non comporta nuovi o maggiori oneri a carico del bilancio della Provincia.